

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Stümpfig

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Benno Zierer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Martin Hagen

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Raimund Swoboda

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 b** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat

Bayern - Bayerisches Klimagesetz (BayKlimaG) (Drs. 18/2778)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Das führt dazu, dass wir 11 Minuten Redezeit für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben. Ich eröffne sogleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Wie Sie an dem Herrn, der schon am Rednerpult steht, sehen können, hat zunächst Herr Abgeordneter Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie die Augen schließen und sich unsere bayerischen Wälder vorstellen,

(Zuruf von der CSU: Da sehe ich keine GRÜNEN!)

dann sehen Sie bestimmt Bilder von starken Tannen, mächtigen Eichen und sattem Grün. Wenn Sie die Augen wieder öffnen und durch unsere Wälder gehen, sehen Sie momentan ein ganz anderes Bild, gerade bei mir in Franken: rotbraune Kiefern, vom Borkenkäfer befallene Fichten, abgestorbene Eschen, Eichen und Buchen, die leiden.

Seit 18 Monaten in Folge ist es viel zu trocken und viel zu heiß. Das haut selbst den stärksten Baum um. Da kann man nur sagen: Waldsterben 2.0.

(Lachen bei der AfD)

Die Warnsignale sind überdeutlich. Es wird allerhöchste Zeit, die CO₂-Emissionen zu senken, denn so kann es nicht weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber wenn wir auf Bayern schauen und in die Statistik, die uns letzten Donnerstag von unserem Wirtschaftsminister Aiwanger vorgestellt wurde, stellen wir fest, dass die CO₂-Emissionen in Bayern steigen. Wir hatten vor fünf Jahren noch 5,9 Tonnen pro Kopf. Die letzte Bilanz zeigt 6,3 Tonnen pro Kopf, in absoluten Zahlen also 6 Millionen Tonnen mehr pro Jahr.

Da helfen auch die Tricks der Staatsregierung nicht. Sie bilanzieren den kompletten landwirtschaftlichen Bereich gar nicht, das ist Ihnen ganz egal. Das wären nämlich noch 2 Tonnen pro Kopf zusätzlich. Sie erstellen nur eine Quellenbilanz; alle anderen Bundesländer haben eine Verursacherbilanz. Der zunehmende Stromimport nach Bayern wird überhaupt nicht aufgelistet.

Trotzdem steigen die CO₂-Emissionen. Wir sagen ganz klar: Das Jahr 2019 muss jetzt endlich zu einem Wendejahr im Klimaschutz werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen auch: Schluss mit dieser "Bauchpolitik" von Söder und Aiwanger. Am Sonntag lesen sie in der Zeitung: Mensch, der Wald hat eine ganz tolle Funktion und ist ganz wichtig. Dann kommt unserem Ministerpräsidenten die bahnbrechende Idee, einfach 30 Millionen Bäume zu pflanzen, einen neuen Wald. Angesichts der existenziellen Bedrohung, die wir momentan in vielen Bereichen erleben, ist das einfach nur lächerlich.

(Zuruf von der CSU: Lächerlich?)

Nein, wenn man solche Vorschläge macht und dann gleich wieder zum nächsten Thema übergeht, ist das kein Konzept. Wir brauchen dazu wirklich klare Konzepte und klare Strategien. Das ist bei Ihnen Fehlanzeige.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Ebenso wie beim Wald brauchen wir auch beim Klimaschutz klare Konzepte, Strategien und vor allem Verbindlichkeit. Unser Entwurf zu einem Klimagesetz, den wir heute einbringen, vereint dies. In einem Landesklimaschutzkonzept sollen Maßnahmenkonzepte für die relevanten Bereiche Wärme, Verkehr, Landwirtschaft und Strom erarbeitet werden, alle ausgestattet mit Zwischenzielen und einzelnen Maßnahmen.

Die Grundlage hierfür bilden die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die besagen: Wenn wir die Klimaziele von Paris insgesamt einhalten wollen – dazu haben wir uns alle bekannt –, dann dürfen wir nur noch 600 Gigatonnen in die Atmosphäre pusten, nur dann schaffen wir es, das Ziel von 1,5 Grad einzuhalten.

Heruntergebrochen auf Bayern bedeutet dies: Wir haben noch ein Budget von 1.000 Millionen Tonnen. Jährlich emittiert Bayern aber 100 Millionen Tonnen. Das bedeutet: Noch zehn Jahre in diesem Tempo, und das komplette Budget ist verbraucht, und dies auch noch mit steigender Tendenz.

Sie von der Staatsregierung sind komplett auf dem Holzweg. Bei Ihnen muss man eher sagen: auf dem Kohle-, Öl- und Gasweg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen also verbindliche Ziele, festgeschrieben in einem Klimagesetz. 1.000 Millionen Tonnen Emissionen maximal, danach Klimaneutralität. Als Meilensteine sind 3 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf bis zum Jahr 2030 genannt. Die Zielsetzung lautet eine halbe Tonne pro Kopf bis zum Jahr 2040. Das Ganze muss verbindlich werden.

Die Kommunen haben beim Klimaschutz eine besondere Rolle. Den Klimawerkzeugkasten für die Kommunen haben wir im vorliegenden Entwurf gestärkt. Klimaschutzkonzepte sollen aufgearbeitet werden. An Wärmeplänen soll man sehen, wo Wärmequellen und Wärmesenken sind.

Für das Sorgenkind des Klimaschutzes, den Verkehr, sollen die Kommunen einen Klimaverkehrsplan erstellen und damit – unter vielen Punkten – zum Beispiel das enorme Potenzial des Fahrrads heben. Ziel ist: Gleicher Service für den Radfahrer wie für den Autofahrer. Die Kommunen bekommen zum Beispiel das rechtliche Werkzeug, um Fahrradabstellplätze ausweisen zu können. Wir GRÜNE wollen umweltfreundliches Verhalten ermöglichen, erleichtern und belohnen. Das ist grüne Klimaschutzpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weitere Punkte des Gesetzentwurfs sind die Ausweitung der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, klimaneutrale Neubauten des Landes als Vorbilder, die Reduktion von Einwegverpackungen usw.

Neben all diesen vorbeugenden Maßnahmen stehen die Maßnahmen und die Konzepte zur Anpassung an die unvermeidlichen Folgen der Erdüberhitzung. Hier geht es um die Ausarbeitung von schlagkräftigen Konzepten in den Bereichen Hitzebelastung in den Städten – Sie wissen, dass wir in den Städten teilweise zehn Grad mehr als auf dem Land haben –, Wasserversorgung in Zeiten von zurückgehender Grundwasserneubildung, Landwirtschaft in Dürrezeiten und – hier schließt sich auch der Kreis meiner Rede – unser Wald. Unser Wald hat eine herausragende Rolle als Senke, als Rohstofflieferant und als Speicher. All dies gilt es zu erhalten und zu stärken.

Sie sehen: Es steht viel auf dem Spiel, und uns läuft die Zeit davon. Jedes Jahr, das die Bayerische Staatsregierung beim Klimaschutz weiter verpennt, kostet uns zehn Prozent unseres verbleibenden Budgets. Das heißt, jedes Jahr, das wir verpennen, das Sie verpennen, macht den Reduktionspfad, der dann notwendig ist, um die

Ziele von Paris einzuhalten, umso steiler, und die Gefahr von Strukturbrüchen wird umso größer.

Ich erinnere an die salbungsvolle Rede von Ministerpräsident Söder heute Morgen. Er hat wörtlich gesagt: Wir wollen in den Spiegel schauen können und zu unseren Kindern sagen: Ja, wir haben an euch gedacht. Wir können die Welt alleine nicht retten, aber wir leisten unseren Beitrag für unser Land. – So der Ministerpräsident heute Morgen. Genau das fordern wir ein. Das fordern wir mit unserem Gesetzentwurf ein. Das Jahr 2019 muss zu einem Wendejahr im Klimaschutz werden. Unser Klimagesetz bildet dafür die Grundlage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung der Kollegin Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Lieber Martin Stümpfig, du hast mit dem Wald begonnen und mit dem Wald aufgehört. Zum Thema Wald gehört aber auch, dass wir einen Umbau hin zu Laubwäldern wollen, brauchen und machen müssen. Dann müsst ihr und auch all diejenigen, die jetzt zu den Klimaschutzzielen geklatscht haben, auch ganz klar zum Wald stehen. Der Wald ist zum Beispiel von Schädlingen wie dem Schwammspinner bedroht. Etwas Biologie gehört dazu. Wenn das Laub dreimal weg ist, dann ist die Eiche auch dann kaputt, wenn sie hundert Jahre alt ist, weil sie zum Leben die Photosynthese braucht. Überall dort, wo wir den Schwammspinner bekämpfen wollten, damit unsere wertvollen Laub- und Eichenwälder nicht verenden, waren die GRÜNEN an vorderster Stelle und haben gesagt, dass man keine chemische Behandlung brauche. Lasst uns bitte unsere Wälder schützen! Da muss man die Wahrheit nennen, Martin; denn jetzt sind schon so viele Hektar Wald abgefressen, wovon sich die Wälder lange nicht erholen werden. Das musst du dann auch nennen; da müsst ihr dann nämlich bitte schön auch eingreifen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Gabi, die Problematik ist dramatisch. Die Klimaüberhitzung fördert sogar noch die Entwicklung der Schwammspinner, der Eichenprozessionsspinner usw. Ich habe Forstwirtschaft studiert. Ich habe meine Diplomarbeit im Jahr 1993/1994 zum Thema Schwammspinnerkalamitäten in den Haßbergen gemacht. Gabi, ich kann dir sagen: Ich habe das mit meiner Diplomarbeit begleitet. Wir haben Mittel wie zum Beispiel *Bacillus thuringiensis*, ein biologisches Mittel, mit dem wir einen solchen Befall jederzeit bekämpfen können. Wenn ich eine Zwischenfrage hätte stellen können, wäre das genau gekommen. Es gibt wirklich detaillierte Konzepte. Wir können die Probleme im Wald, die durch Erdüberhitzung entstehen, nicht mit Gift erschlagen. Die alten Konzepte, zum Beispiel zu sagen, dass wir wieder ein anderes Gift verwenden, werden nicht funktionieren. Wir brauchen Konzepte, keine Schnellschüsse. Ich bin also komplett anderer Meinung. Ich sende dir meine Diplomarbeit gerne zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Stümpfig. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Huber für die CSU-Fraktion.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Schutz des Klimas ist ohne Zweifel eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit und eine Aufgabe für uns alle. Es ist daher auch ohne Zweifel wichtig, dass wir uns dieses wichtigen Themas annehmen.

Der Klimawandel ist auch in Bayern spürbar und messbar. Die Durchschnittstemperatur steigt. Immer häufiger haben wir mit extremen Wetterereignissen zu tun, oftmals verbunden mit erheblichen Personen- und Sachschäden – Trockenheit und Waldbrände im Norden Bayerns, Hochwasser im Donauegebiet, Überschwemmungen und Sturzfluten andernorts, Gletscherschmelze in den Alpen. Das Jahr 2018 war das heißeste

Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Das zeigt: Klimaschutz ist Aufgabe aus Verantwortung, jetzt und vor allem auch für die nächsten Generationen.

Genau deshalb haben wir in Bayern schon frühzeitig gehandelt – das wird immer vergessen. Mit dem bayerischen Klimaschutzprogramm und der Klimaanpassungsstrategie haben wir schon längst die Herausforderungen des Klimawandels angenommen. Mit der bundesweit ersten Klimaanpassungsstrategie hat Bayern bereits 2009 Maßstäbe gesetzt. Der energiebedingte CO₂-Ausstoß pro Kopf im Freistaat liegt heute bei knapp sechs Tonnen und ist damit um knapp ein Drittel niedriger als im Bundesdurchschnitt. Bayern zählt damit beim Klimaschutz weltweit zu den fortschrittlichsten Industrienationen.

Die Staatsregierung hat mit dem Klimaschutzprogramm Bayern 2050 ein umfassendes Maßnahmenpaket aufgelegt. In den Haushaltsjahren 2019 und 2020 stehen für das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 rund 231 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind 42 Millionen Euro mehr als in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 und sogar fast 60 Millionen Euro mehr als in den Haushaltsjahren 2015 und 2016. Die Haushaltsmittel für den Klimaschutz werden somit kontinuierlich kräftig erhöht.

Damit geben wir uns aber nicht zufrieden. Ein Beispiel wurde vom Kollegen Stümpfig schon genannt: die Wiederaufforstung. Es geht um 30 Millionen Bäume. Herr Kollege Stümpfig, Sie haben einerseits die Bedeutung des Waldes betont, auf der anderen Seite machen Sie aber die Maßnahmen zur Aufforstung lächerlich. Das zeigt: Sie stehen im Wald und sehen ihn vor lauter Bäumen nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese Maßnahmen wurden nämlich auch schon lange gefordert, zum Beispiel auch von Prof. Radermacher vom Club of Rome oder von der Initiative Plant-for-the-Planet, die Sie ja auch unterstützen.

Darüber hinaus werden wir aber noch in diesem Jahr ein sehr kraftvolles Bayerisches Klimaschutzgesetz verabschieden.

Lassen Sie mich nun ein paar Worte zu dem Gesetzentwurf der GRÜNEN sagen. Ohne Kommunen ist kein Staat zu machen – so heißt es ja oft. Ihr Motto bei Ihrem Gesetzentwurf lautet aber eher: Die Kommunen sollen den ganzen Staat machen. Sie wälzen die gesamte Verantwortung für den Klimaschutz in Bayern auf die Kommunen ab und schreiben vor, was diese alles verpflichtend machen müssen. Das ist Planwirtschaft pur. Da können Sie auch gleich die kommunale Planungshoheit abschaffen.

Manches, was Sie fördern wollen, wurde vom Freistaat bereits unterstützt. So fördern wir zum Beispiel die Erstellung kommunaler Energienutzungspläne mit 75 %. Sie fordern eine klimaneutrale Staatsverwaltung. – Das haben wir heute beschlossen. Die klimaneutrale Staatsverwaltung ist bereits im gesamtgesellschaftlichen Artenschutzgesetz vorgesehen.

In Artikel 8 sprechen Sie davon, dass die Wechselwirkungen mit Klimaschutzmaßnahmen des Bundes und der EU zu berücksichtigen sind. Genau deshalb ist für uns auch die richtige Schrittfolge, erst das Klimaschutzgesetz im Bund zu verabschieden und dann unser Klimaschutzgesetz in Bayern zu beschließen.

Regelrecht schizophren erscheint mir aber Artikel 8 Absatz 6. Dort schreiben Sie nämlich:

Mit der Erklärung der Verbindlichkeit werden die Inhalte der Erklärung für alle Stellen der öffentlichen Hand verpflichtend.

Aha! Hört, hört! Bei diesem Satz könnte man fast auf die Idee kommen, den Klimaschutz auch als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung zu verankern.

(Lachen der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Moment, das ist ja gescheitert, unter anderem am Widerstand der GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie, ausgerechnet Sie, die immer wieder zu Recht darauf hinweisen, wie sehr die Zeit drängt, schreiben dann selbst in Ihrem Gesetz: Ein Landesklimaschutzkonzept soll in 18 Monaten im Landtag vorgelegt werden. In 18 Monaten, also in anderthalb Jahren, im Frühjahr 2021. Wollen Sie die Schülerinnen und Schüler von Fridays for Future wirklich so lange demonstrieren lassen, bis sich etwas tut? – Wir wollen das nicht. Wir sind da schneller. Wir sind da besser. Ihr Gesetzentwurf strotzt vor Ordnungsrecht, er strotzt vor Bürokratie, und er strotzt vor Verpflichtungen für die Kommunen. Er lässt aber ganz klar den Ansatz vermissen, dass Klimaschutz eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft ist. Er lässt den Ansatz vermissen, dass wir zur Lösung Technologieoffenheit brauchen und keine einseitige Fokussierung auf die Elektromobilität. Er lässt auch den Ansatz vermissen, dass Klimaschutz mit Innovationen verbunden ist.

Wir werden deutlich machen: Klimaschutz ist ein Innovationsthema. Wirtschaftsminister Aiwanger und Ministerpräsident Söder haben hierzu bereits einiges angekündigt, zum Beispiel beim Thema Wasserstoff, beim Thema Kreislaufwirtschaft, bei der Plastikvermeidung und der Wiederverwertung verschiedener Materialien. Wir haben einen breiten Ansatz, der die Verantwortung nicht auf die Kommunen abwälzt. Wir setzen auf Anreize und Innovationen, die allen zugutekommen. Wir setzen auf Clean Economy und verbinden Wirtschaft und Nachhaltigkeit sowie Klimaschutz mit Wertschöpfung. Kurzum: Wir machen es völlig anders als die GRÜNEN. Das ist gut so. Deswegen lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Huber. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Prof. Dr. Ingo Hahn das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Im grünen Gewande steht der neue Sozialismus vor der Schwelle, und Deutschland scheint kurz vor der erneuten Versuchung zu stehen. Neue Heilsbringer in Kindergestalt predigen den nahenden Weltuntergang, den nur eines abzuwenden vermag: Blinde und bedingungslose Gefolgschaft ist gefordert. Soldatengleich wird unabhängigem und kritischem Denken für das höhere Ziel abgeschworen. Uneingeschränkte Gefolgschaft und bedingungsloser Gehorsam sind der Auftrag, ein gutes Gefühl ist der Sold.

Sie nehmen für sich in Anspruch, für das Gemeinwohl zu handeln. Doch es geht Ihnen augenscheinlich um die Macht, jeden Lebensbereich bis ins letzte Detail zu reglementieren, zu regulieren und schließlich zu kontrollieren. Ihr Gesetzentwurf legt den Grundstein dafür, unseren Bürgern vorschreiben zu können, ob und wie sie sich fortzubewegen haben, wohin sie reisen können, was sie zu essen und zu konsumieren und wo und wie sie zu wohnen haben. Ihnen geht es um die Macht, auf das Eigentum der Bürger und der Unternehmen zugreifen zu können, am besten nach Belieben, um über Steuern, Abgaben und Vorschriften enteignen zu können. Es geht um die Macht, ganze Wirtschaftsbereiche staatlicher Kontrolle zu unterstellen und nach Ihren ideologischen Vorstellungen umzuformen. Dem werden wir uns entgegenstellen.

(Beifall bei der AfD)

Übrigens, die AfD leugnet nicht den Klimawandel. Das hat sie noch nie getan. Die AfD leugnet auch nicht einen möglichen Anteil des anthropogenen Klimawandels. Aber im hyperkomplexen System Erde ist es schlichtweg nicht möglich, die Anteile des natürlichen und des anthropogenen Klimawandels zu differenzieren. Herr von Brunn, es ist ja noch nicht einmal möglich, das Wetter für drei Tage vorherzusagen. Einfach, logisch, sachlich. Aber mit Sachlichkeit und Logik kommt man bei Ihnen hier leider nicht weiter.

(Beifall bei der AfD)

Hier geht es um die neue Ideologie des Klimawandels, um ein Instrument zu schaffen, die europäischen Nationen und Gesellschaften nach Ihrem Willen zu transformieren. Sie nehmen billigend in Kauf, Abermilliarden Steuergelder für eine ideologiebasierte, fehlgeleitete und zum Scheitern verurteilte Energiewende zu vergeuden. Sie opfern wissentlich und willentlich unsere produzierenden Gewerbe, die Automobilindustrie und überhaupt energieintensive Wirtschaftszweige. Sie nehmen den Abschwung in eine Rezession, Massenarbeitslosigkeit und soziale Missstände als Konsequenz billigend in Kauf.

Wir sagen hier ganz klar: Stopp! Zu dieser Verschandelung von Landschaften und zu dem Flächenverbrauch, wie Sie das nennen, im Namen der sogenannten Energiewende, die genau das Gegenteil von Natur- und Umweltschutz bedeutet, schweigen Sie. Dies sind für Sie Opfer, die für einen höheren Zweck gebracht werden müssen. Aber genau wegen dieser Widersprüche zwischen Ideologie und der Realität, nämlich von Ökonomie und Natur, wird Ihr Klimasozialismus wie alle Spielarten des Sozialismus vor ihm letztlich scheitern.

(Beifall bei der AfD)

Emotionen und Angst sind nämlich sehr ungeeignete Grundlagen für eine zielgerichtete Debatte. Nein, sie haben in der Politik mit freiheitlichen und demokratischen Bestrebungen nichts zu suchen. Wir stellen uns mit Vernunft und Argumentation klar gegen Ideologie und Ihren Klimawahn. Daher lehnen wir dieses Gesetzesvorhaben entschieden ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Benno Zierer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In den bisherigen Ausführungen ist deutlich geworden, Klimaschutz ist

eine der großen Zukunftsaufgaben der Politik, wenn nicht die größte, und das überall auf der Welt und auf jeder Ebene. Dass wir die Erderwärmung nicht mehr aufhalten können, ist Fakt. Aber wir können das Schlimmste verhindern. Dabei wird sich Bayern seiner Verantwortung stellen und seinen Beitrag leisten. Dabei wären wir auch schon ein gutes Stück weitergekommen, wenn es gelungen wäre, den Klimaschutz in der Verfassung zu verankern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das war der Fahrplan: Wir wollten erst die Verfassungsänderung als Basis. Dann sollte das Klimaschutzgesetz mit den konkreten Zielen und Maßnahmen folgen. Leider haben die GRÜNEN und die SPD diesen Plan aus parteitaktischem Kalkül torpediert. Sie haben auch das Angebot ausgeschlagen, gemeinsam, also fraktionsübergreifend, in diesem Hause einen Gesetzentwurf zu erarbeiten. Leider ist das nicht gelungen, weil gewisse Leute Aktionismus vortäuschen und nicht gemeinsam an einem solchen Gesetzentwurf arbeiten wollten.

Jetzt trommeln die GRÜNEN wieder für ein Volksbegehren mit dem Titel: "Klimaschutz in die Verfassung". Es macht sich immer gut, wenn man an einem Infostand Unterschriften sammeln kann. Vielleicht erzählen Sie dabei auch den Leuten, dass das Staatsziel Klimaschutz schon lange in der Verfassung stehen könnte. Dass die Staatsregierung ein Klimaschutzgesetz vorlegen wird, ist ebenfalls schon lange bekannt. Die Arbeit daran läuft sehr intensiv.

Dem wollten Sie jetzt zuvorkommen, um danach zu sagen: Die Klimaziele der Staatsregierung sind nicht ausreichend. So läuft das Spiel leider. Für parteitaktische Spiele ist das Thema aber viel zu ernst. Im Koalitionsvertrag ist festgeschrieben, dass die Emissionen von Treibhausgasen bis 2050 auf unter 2 Tonnen pro Kopf reduziert werden sollen. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, da der Verbrauch momentan bei 6 Tonnen liegt.

Ich glaube nicht, dass uns ein Unterbietungswettbewerb bei den Klimazielen etwas bringt, bei dem versucht wird, aus 2 Tonnen 0,5 Tonnen zu machen. Die bayerischen Klimaziele müssen sich an den Zielsetzungen des Bundes und der EU orientieren; denn diese geben die Rahmenbedingungen vor. Je mehr wir erreichen, umso besser ist das selbstverständlich. Einige Punkte in diesem Gesetzentwurf wurden bereits anderweitig beschlossen, zum Beispiel, wie bereits erwähnt, die klimaneutrale Staatsverwaltung. Bayern hat ein Klimaschutzprogramm, das laufend fortgeschrieben wird. Das ist auch gut so. Es gibt bereits einen Klimarat. Wir wollen einen Klimarat. Ich glaube nicht, dass uns solche Spitzfindigkeiten im Kampf gegen den Klimawandel weiterbringen. Wir werden den Gesetzentwurf deshalb ablehnen und selber ein besseres Gesetz vorlegen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt zwei Interventionen. Zunächst Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Zierer, lieber Benno, nachdem wir in Bayern unsere Klimaziele, die auf dem Papier stehen, verfehlen, möchte ich jetzt die Frage stellen: Was bringt ein Staatsziel Klimaschutz, das auf dem Papier steht, wenn keine ordentliche Klimaschutzpolitik betrieben wird? – Darauf will ich aber gar nicht hinaus.

Sie haben gerade davon gesprochen, es hätte ein Angebot der Regierungskoalition gegeben, einen gemeinsamen Gesetzentwurf zu erarbeiten. Ich würde gerne wissen: Was soll denn das für ein gemeinsamer Gesetzentwurf gewesen sein? Wer hat uns angesprochen, und wann war das?

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Wir haben das Thema heute nicht das erste Mal auf der Agenda, sondern schon öfter darüber diskutiert. Es wäre vernünftig und notwendig gewesen, hier in diesem Haus erst zu diskutieren und dann einen gemeinschaftlichen Gesetzentwurf vorzulegen, der dann draußen vielleicht die Akzeptanz hätte, die wir

uns wünschten. Das war der Ansatz: dass wir ein so wichtiges Projekt vernünftig miteinander angehen.

Florian von Brunn (SPD): Es ist also keiner auf die Idee gekommen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Martin Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Erstens. Benno, du hast gesagt, wir hätten ein Angebot ausgeschlagen, gemeinsam an einem Gesetzentwurf zu arbeiten. Jetzt kam die Frage vom Kollegen von Brunn. – Dieses Angebot gab es nie. Ich möchte dich noch einmal klar dazu auffordern, zu sagen, dass es dieses Angebot nicht gab. Ich möchte dich noch einmal klar dazu auffordern, dass du nicht Sachen in den Raum stellst, die einfach nicht wahr sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Die Ziele in Bayern sollen sich am Bund und an der EU orientieren. – Das waren deine Worte.

Das Ziel des Bunds ist Klimaneutralität bis 2050. Auch Ministerpräsident Söder hat vor zwei oder drei Wochen von Klimaneutralität bis 2050 gesprochen. Das sind klare Aussagen. Bitte updaten, bevor man eine solche Rede hält!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Es ist für die Glaubwürdigkeit der Politik vielleicht sinnvoller, wenn sie sich Ziele gibt, die man auch einhalten kann, als wenn sie von Wolkenkuckucksheimen redet und die Ziele dann verfehlt. Mir ist es lieber, wir machen gezielte Vorgaben und ein gutes Gesetz, das wir dann umsetzen und einhalten können. Reden wir nicht von Dingen, die wir nicht schaffen. Das ist oft ein Drama.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Zierer. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Klimaerhitzung und die Klimakrise kommen viel schneller, als wir bis vor Kurzem noch gedacht haben. Die Alarmzeichen häufen sich. Der arktische und antarktische Eispanzer, der Grönländische Eisschild schmelzen viel schneller, als wir dachten. Besonders erschreckend finde ich das überraschend schnelle Auftauen der Permafrostböden, zum Beispiel in Kanada. In einigen Regionen ist inzwischen ein Ausmaß erreicht, das Forscherinnen und Forscher erst für 2090 erwartet hatten. Das ist einer der gefährlichsten Kippeffekte, weil dadurch besonders viel klimaaggressives Methan freigesetzt wird. Das kann zu einer unkontrollierbaren Beschleunigung der Erderhitzung führen.

Deswegen ist klar: Die Zeit zum politischen Handeln ist kürzer, als wir dachten. Wir können jetzt nicht einfach sagen, wir haben bis 2050 Zeit, sondern wir müssen in den nächsten zehn bis zwölf Jahren entscheidende Weichenstellungen für den Klimaschutz vornehmen.

Es ist deswegen richtig – ich sage das ausdrücklich –, dass die GRÜNEN die Klimaschutzziele in ihrem Klimaschutzgesetz upgedatet haben, demgemäß die Klimaschutzzielmarken früher erreicht werden sollen. Das ist völlig richtig, und wir unterstützen das.

Im Gesetzentwurf selbst sind viele richtige Instrumente genannt, die wir in ähnlicher Form in unserem Klimaschutzgesetzentwurf, den wir zu Anfang der Wahlperiode eingereicht hatten, genannt hatten. Ich nenne nur die starke Beschleunigung der Energiewende. Da muss man ganz deutlich sagen – ich habe das heute schon mal angesprochen –, dass die Staatsregierung hier seit Jahren versagt. Ich finde die Politik unverantwortlich. Auf der einen Seite wird in der aktuellen Debatte über das Endlager gesagt: Nein, wir wollen die Konsequenzen unserer jahrzehntelangen Atomliebe nicht

tragen. Auf der anderen Seite wird gleichzeitig die Windkraft blockiert und der Ausbau der Leitungsnetze extrem verlangsamt. So kann man es im Bereich der Energiewende nicht machen.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt natürlich auch für die Verkehrswende, für den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität. Auch hier gab es in der Vergangenheit eine eher erbärmliche Bilanz der Staatsregierung respektive der CSU-Verkehrsminister in Bayern und im Bund.

Ihr Gesetzentwurf adressiert diese Felder einerseits, wirft andererseits aber auch kritische Fragen auf, die ich ansprechen will. Uns fehlt bei diesem Gesetzentwurf der soziale Ausgleich. Wir sind der Überzeugung, dass Gerechtigkeit für solch schwierige Umbauprozesse, wie sie uns bevorstehen, eine ganz zentrale Voraussetzung ist. Die Lasten von Klimaschutz und ökologischer Transformation müssen sozial gerecht verteilt sein. Wir hatten deswegen Vorschläge gemacht, um insbesondere ärmere Haushalte und Mieterinnen und Mieter zu entlasten.

Ich komme jetzt auf einen ersten kritischen Punkt zu sprechen. Ich will sie nicht gleich verurteilen, aber die Vorschläge, die Sie zur E-Mobilitäts-Ladeinfrastruktur in Mehrfamilien- und Mietshäusern machen, bergen die Gefahr einer ganz neuen Mietpreisspirale im Bereich der Modernisierungskosten. Das müssen wir klären, bevor wir hier in die Falle tappen, damit die Kosten für die Mieterinnen und Mieter in München, Nürnberg und in anderen großen Städten Bayerns nicht drastisch in die Höhe schnellen.

(Zurufe)

Ich will noch einen zweiten kritischen Punkt, der schon vom Kollegen Huber genannt worden ist, ansprechen. Siebürden den Kommunen tatsächlich sehr viel auf: den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität. Mir ist in diesem Zusammenhang die Rolle des Freistaats nicht klar. Mir ist es zu wenig, dass Sie zur Finanzierung einfach lapidar auf das Konnexitätsprinzip verwei-

sen. Das kann's nicht sein. Das muss geklärt werden, damit die Lasten nicht letztendlich bei den Kommunen hängen bleiben.

Mein Fazit: Ihre Ziele sind richtig. Der Weg wirft Fragen auf. Bei der sozialen Gerechtigkeit gibt es noch deutlichen Nachbesserungsbedarf. Sie dürfen nicht zu sehr aus der Perspektive von Wohlhabenden denken. Das Umweltbundesamt hat 2016 eine Studie vorgelegt, derzufolge höhere Einkommen Umwelt und Klima im Schnitt deutlich mehr belasten. Für uns Sozialdemokraten gilt deshalb das Verursacherprinzip: Wer mehr Klimaschäden verursacht, muss auch mehr zur Lösung beitragen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr von Brunn, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr von Brunn, Sie wollen mehr Solidarität und betonen den sozialen Aspekt. Sind Sie sich erstens darüber im Klaren, dass Sie mit der von Ihnen propagierten CO₂- oder Klimasteuer wahrscheinlich ganz genau das Gegenteil bewirken würden?

Zweitens habe ich eine inhaltliche Frage. Sie sprechen hier immer von naturwissenschaftlichen Dingen. Ich weiß nicht, ob Sie sich damit auskennen. Wissen Sie überhaupt, wie "Klima" im Gegensatz zu "Wetter" und "Witterung" definiert ist?

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Oje!)

Um im Übrigen Ihre Behauptung von der Klimaerhitzung mal an den Tatsachen zu messen: Wir hatten gerade den kältesten Mai seit 28 Jahren. Selbst, wenn man sich nicht einen einzelnen Monat herausgreift, sondern die Jahresmitteltemperatur betrachtet, liegen wir im Jahr 2019 weit unter dem Durchschnitt. Was sagen Sie dazu?

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Hahn, erstens haben Sie die Gutachten des Umweltministeriums zur CO₂-Steuer nicht gelesen. Da steht nämlich ganz klar drin, dass diese eine progressive Verteilungswirkung hat.

Zweitens glaube ich, dass jeder Wetterfrosch mehr von der Klimaerhitzung versteht als die Mitglieder der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD: Oje!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die FDP-Fraktion spricht deren Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die GRÜNEN schreiben in dem Vorblatt zu ihrem Gesetzentwurf, dass "Bayern einen rechtlichen Rahmen für seine Klimaschutzanstrengungen erhalten [soll], um diese effektiver und effizienter auszuüben".

Meine Damen und Herren, all diese Vorschriften, die Mehrkosten und das Klein-Klein, die in diesem Gesetzentwurf enthalten sind, sind weder effektiv noch effizient. Sie sind das genaue Gegenteil davon.

(Beifall bei der FDP)

Ihnen schwebt vor, dass jede bayerische Gemeinde mit mehr als 5.000 Einwohnern ein Klimaschutzkonzept vorlegen soll. Gemeinden ab 10.000 Einwohnern sollen noch dazu einen Wärme- und Verkehrsplan vorlegen. Gleichzeitig werden in China gerade Kohlekraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 250 Gigawatt neu geplant. Meine Damen und Herren, das ist das Sechsfache aller bestehenden Kohlekraftwerke in Deutschland.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Das ist außerhalb von Bayern!)

Sie wollen also, dass Gemeinden wie Odelzhausen, Uttenreuth oder Monheim eigene Konzepte vorlegen, um damit Chinas Kohlekraftwerke auszugleichen. Wir müssen wegkommen von diesem Klein-Klein. Wir müssen das Ganze global betrachten.

(Beifall bei der FDP – Martin Stümpfig (GRÜNE): Dann machen wir wohl besser nichts!)

Der Blick fürs Ganze ist gefragt. Das heißt, wir müssen CO₂ dort einsparen, wo die Vermeidungskosten am geringsten sind. Dafür brauchen wir einen internationalen Maßstab, und dafür brauchen wir vor allem einen Blick über die Sektorengrenzen hinaus.

Eine Mengenbegrenzung auf Landesebene, die Sie vorschlagen, ist völliger Unfug, vor allem deshalb, weil wir ja auf Bundesebene eine Begrenzung anstreben könnten. Wir könnten den nationalen CO₂-Emissionshandel auf alle Sektoren ausweiten oder, noch besser, die CO₂-Menge auf europäischer Ebene begrenzen.

Die Kollegen haben vorhin schon betont, dass wir in Bayern ohnehin nur bei sechs Tonnen CO₂-Ausstoß pro Kopf liegen. Das ist deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von zehn Tonnen. Bayern ist ein erfolgreicher Industriestandort, und wir möchten, dass es das auch weiterhin bleibt.

Sie schlagen Mengenbegrenzungen auf Landesebene vor. Sie schlagen noch dazu sektorspezifische Ziele vor. Beides ist Unfug, denn dem Klima ist es egal, wo, in welchem Bundesland und auch auf welchem Sektor CO₂ ausgestoßen wird. Deswegen brauchen wir nicht dieses Klein-Klein, keine Maßnahmenpakete, die Sie von München aus den Kommunen aufbürden. Wir brauchen endlich einen Emissionshandel. Damit kann der Bund vorangehen. Perspektivisch brauchen wir den Emissionshandel europaweit. Jede zusätzliche Maßnahme zum Emissionshandel, die das CO₂-Limit, das wir setzen, ergänzt, schafft nicht mehr Klimaschutz, sondern macht den Klimaschutz nur teurer. Das erleben wir doch schon auf Bundesebene mit Ihren Gesetzen wie zum Bei-

spiel dem EEG etc. Deutschland gibt am meisten Geld für Klimaschutz aus, erreicht aber damit weniger als viele andere Länder.

(Beifall bei der FDP)

Hören wir deshalb endlich auf die Experten, kommen wir ab vom Klein-Klein und machen wir den Klimaschutz endlich effizienter. Jeden Euro, den wir für Klimaschutz ausgeben, können wir nur einmal ausgeben. Deswegen ist es nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, den Klimaschutz mit ökonomischem Sachverstand zu betreiben, sondern das ist auch für die Klimapolitik das einzig Richtige.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Hagen. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Fraktionsvorsitzender Ludwig Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP hat gerade ganz deutlich gemacht, dass es in Bayern keine Klimaschutzpolitik geben soll. Für uns GRÜNE gilt ganz eindeutig weiterhin der Grundsatz: Global denken und lokal handeln. Das heißt, dass auch Bayern einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am Anfang möchte ich gleich einmal auf die Rede von Herrn Huber eingehen. Bei Ihnen habe ich das Gefühl gehabt, das ich mit folgendem Bild vergleichen will: Irgendwo brennt ein Haus. Dann ruft einer die Feuerwehr, und dann geht ein CSU-Vertreter ans Telefon und sagt erst einmal: Im Prinzip haben Sie recht, wir müssten etwas tun, wir wollen aber erst einmal mit der Nachbarfeuerwehr reden, dann die Brandursache suchen, und dann kommen wir vielleicht zum Löschen. – Genauso betreiben Sie gerade Klimaschutzpolitik in Bayern. Das soll sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem Punkt gebe ich Ihnen recht, da bin ich sofort bei Ihnen, das können wir ganz schnell ändern: Es müssen nicht 18 Monate sein, wir können uns auch auf 6 verständigen. Wir haben aber auf eine CSU Rücksicht genommen, die seit Jahren in diesem Haus keine verbindlichen Maßnahmen für den Klimaschutz beschlossen hat. Baden-Württemberg hat bereits seit sechs Jahren ein Klimaschutzgesetz. In Bayern hat die Staatsregierung noch nie ein solches Gesetz vorgelegt. Darauf haben wir Rücksicht genommen. Wir sind gerne bereit, mit Ihnen gemeinsam ein Klimaschutzgesetz zu erarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Kollege Martin Stümpfig hat es schon deutlich gemacht: Wir haben seit 2015 die Pariser Klimaschutzziele. Seit 2015, also seit fast fünf Jahren, steigen in Bayern auch die CO₂-Emissionen wieder. Wir sind auf dem falschen Dampfer. Es geht nach oben und nicht nach unten. Deshalb brauchen wir ein Gesetz. Ich habe Gesetze immer so verstanden, dass sie regelnd eingreifen und die Handlungsfähigkeit eines starken Staates zeigen. Deshalb wollen wir Vorgaben machen. Wir wollen die Kommunen beim Klimaschutz unterstützen.

Vorher wurde der Klimaschutz auf kommunaler Ebene von der FDP so kleingeredet. Wo können wir effizient mit Wärme umgehen? – Diese Frage kann ich nicht weltweit lösen, das muss ich vor Ort lösen. Wenn ein starkes Unternehmen Abwärme produziert und diese herunterkühlen muss, macht es doch Sinn, eine Firma, die diese Abwärme als Prozesswärme braucht, in Zukunft dort anzusiedeln. Das muss ich doch managen. Dafür brauche ich kommunale Wärmeplattformen. Genau die wollen wir für Kommunen ab 10.000 Einwohner vorschreiben, um dort lenkend eingreifen zu können. Da hilft mir doch der Vergleich mit China nichts. Abwärme in China bringt einer bayerischen Firma nichts. Da wollen wir einen Wettkampf der Ideen und nicht weiter das Klima anheizen. Deshalb legen wir unseren Gesetzentwurf vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind – ich glaube, das ist unstrittig, die erste Generation, die die Folgen der Erdüberhitzung zu spüren bekommt. Auch wenn wir die Letzten sind, die dagegen noch etwas tun können, müssen wir das als Auftrag und Chance begreifen. Deshalb müssen wir die Pariser Klimaschutzziele auf Bayern herunterbrechen. Was heißt das für uns? Was wollen wir in den nächsten Jahren anders machen? – Genau dafür zeigt unser Gesetzentwurf den Fahrplan ganz deutlich auf. Wir können in Bayern eine Milliarde Tonnen Treibhausgase ausstoßen. Davon müssen wir deutlich herunterkommen. Wir wollen bis 2030 auf drei Tonnen pro Kopf herunterkommen. Das erfordert stärkere Anstrengungen als das, was von der Söder-Regierung bis heute gekommen ist.

Nur so können wir unseren Beitrag leisten. Das sind wir allen unseren Kindern, Enkelkindern und auch uns selbst schuldig. Wir müssen diesen Beitrag hier in Bayern leisten und dürfen nicht immer die Verantwortung auf Berlin, Brüssel oder China abschieben. Wir müssen in Bayern handeln – global denken und lokal handeln. Das ist unser grüner Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Hartmann. – Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hagen, Sie haben scheinbar Zähler und Nenner verwechselt. Global denken und lokal handeln. Drehen Sie es einmal um, dann wird ein Schuh daraus, Herr Hagen.

(Martin Hagen (FDP): Hagen oder Hartmann?)

– Entschuldigung, Hartmann. Das war ein freudscher Versprecher. Vielen Dank für die Unterstützung, Herr Hagen. – Wenn wir darüber lokal nachdenken, was global nötig ist, kommen wir dorthin, wo Sie vielleicht hinwollen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Da ändert sich doch nichts!)

Ansonsten sage ich Ihnen: Die Jugendabteilung im bayerischen Parlament, die GRÜNEN, will mit diesem Gesetzentwurf offensichtlich das Problem der globalen Erhitzung mit lediglich nationalen Mitteln lösen. Das werden Sie nicht schaffen.

"Ausgschamd", wie Sie nun einmal sind, begründen Sie Ihren Gesetzentwurf mit der unwahren Behauptung, Bayern würde in maßgeblicher Weise zur Erdüberhitzung beitragen. Lieber Herr Hartmann, Sie ignorieren ganz augenscheinlich das Missverhältnis zwischen nationaler und globaler Schadstoffvermeidung, obwohl das heute schon ein paarmal angedeutet wurde. Die Tatsache, dass deutsche CO₂-Emissionen in den letzten Jahren leicht gesunken sind, zeigt, dass eingeleitete Maßnahmen entgegen Ihrer Auffassung doch greifen. Dagegen haben sich die globalen CO₂-Emissionen um ein Vielfaches dessen erhöht, was die EU insgesamt eingespart hat. Das zeigt uns, dass wir selbst europaweit nichts erreichen können.

Die GRÜNEN fordern jetzt ein Bayerisches Klimaschutzgesetz. Sie haben sich dafür etwas ganz Besonderes ausgedacht.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Swoboda, haben Sie Ihre Zeit im Blick?

Raimund Swoboda (fraktionslos): Die Rechtspersönlichkeit der "Juristische[n] Person der öffentlichen Hand" ist etwas völlig Neues. Damit nehmen Sie jeden privaten Bürger, der ein Vermögen hat und eine Vermögensmasse dirigiert, mit in Haftung. Der muss mit bezahlen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Am grünen Wesen soll also die Welt genesen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da sollten wir nicht mitmachen. Wir wissen es besser.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Swoboda. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Damit ist es so beschlossen.